

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 18. Jahrgang, Nr. 2, 25. Januar 2001

Einblicke

Stiller Terror

Von Christian Linde

Ihr Tod bleibt unbemerkt. Sie werden still und leise zu Grabe getragen. Kaum jemand weiß, warum sie starben. Aber es gibt eine Chronik des Terrors gegen Obdachlose. Und daraus geht hervor: Viele von ihnen starben durch rechtsextreme Gewalt.

Gewalt gegen und unter Wohnungs- und Obdachlosen ist in Deutschland Alltag. Anders als bei Gewalt gegen andere soziale Gruppen schweigt die Polizei aber und in den Medien finden sich Berichte nur in der Lokalpresse oder auf den hinteren Seiten überregionaler Tageszeitungen.

Von politischer Seite steht bis heute eine eindeutige Ächtung der Gewalt gegen Obdachlose aus. Und dies, obwohl zahlreiche Übergriffe ihre Ursache nicht innerhalb der Obdachlosen-Szene hatten, sondern auf einen rechtsextremen Hintergrund zurückzuführen sind. Erfreulich war, dass der Vorsitzende des Zentralrats der Juden, Paul Spiegel, in seiner Rede bei der großen Berliner Kundgebung gegen rechts auch die Obdachlosen als Opfer rechter Gewalt erwähnte. Auch der Greifswalder Prozess gegen den Mörder eines Obdachlosen hat diese Opfergruppe etwas stärker in den Blickpunkt gerückt, obwohl das Urteil eher milde ausfiel.

Stichwörter für rassistisch motivierte Straftaten und Gewalt gegen Obdachlose kommen nach wie vor auch aus der politischen Mitte. Sie ziehen sich wie eine Linie durch die öffentliche Diskussion. Die Folgen bedenkenloser Sprüche sind dann an Reaktionen rechtsextremer Jugendlicher abzulesen. Objekte ihres Hasses sind in erster Linie „die Ausländer“. Aber häufig richtet sich, wie Fachleute aus der Sozialarbeit wissen, ihre Gewalt dann auch gegen andere Wehrlose. Angestachelt werden sie dazu von einem vermeintlichen „Volkswillen“.

Christian Linde ist Chefredakteur des Straßenmagazins „motz“

Schulungszentren

Die rechtsextreme Szene muss ihren Kadernachwuchs heranziehen. DVU will möglicherweise Lokal in Halle kaufen.

Seite 3 ■

Volkshverhetzung

Vor Gericht wollten sich die Macher des Neonaziblattes „Zentralorgan“ mit Erinnerungslücken herausreden.

Seite 4 ■

Geplante Gewalttat

NPD-Funktionär als Rädelsführer eines brutalen Angriffs verurteilt.

Seite 5 ■

Anwaltliches Risiko

Horst Mahler könnte sich als Prozessvertreter für die NPD im Verbotverfahren in Karlsruhe als zusätzliche Belastung erweisen.

Seite 6 ■

Die Rettung versagt

Viele tausend Juden hätten überleben können, wenn USA und Großbritannien ihnen geholfen hätten.

Seite 13 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöff
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Seitenblick**„Die machen wir mit“**

Auch Obdachlose werden zunehmend Opfer rechtsextremer Gewalttäter. Diese fühlen sich als Vollstrecker eines von ihnen vermuteten politischen Willens.

Die Berliner Straßenzeitung „motz“ veröffentlichte eine Liste der Obdachlosen, die in den vergangenen zehn Jahren zweifelsfrei oder wahrscheinlich Opfer rechter Gewalt waren. „Blick nach rechts“ hat die Aufstellung aus Zeitungs- und Agenturberichten ergänzt:

Unbekannter Obdachloser (31 Jahre) ermordet in der Silvesternacht 1990/91 in Flensburg * Helmut Leja (39 Jahre) erstochen am 4. Juni 1991 in Kästorf (Niedersachsen) * Ingo Finnen (31 Jahre) ertränkt am 19. März 1992 in Flensburg * Emil Wendtland (50 Jahre) erstochen am 1. Juli 1992 in Neuruppin * Dieter Klaus Klein (49 Jahre) erstochen am 1. August 1992 in Bad Breisig (Rheinland-Pfalz) * Frank Böhnisch (35 Jahre) erschossen am 24. August 1992 * Günther Schwanecke (58 Jahre) erschlagen am 29. August 1992 in Berlin-Charlottenburg * Rolf Schulze (52 Jahre) ertränkt am 7. November 1992 bei Lehnin (Brandenburg) * Horst Hennersdorf (37 Jahre) zu Tode gequält am 5. Juni 1993 in Fürstenwalde (Brandenburg) * Unbekannter Obdachloser (33 Jahre) starb Mitte Oktober 1993 an Verletzungen in Marl (Nordrhein-Westfalen) * Horst Pultner (65 Jahre) erstochen am 5. Februar 1995 in Velbert (Nordrhein-Westfalen) * Unbekannter Obdachloser (44 Jahre) zu Tode getrampelt am 9. August 1999 in Eschede (Niedersachsen) * Dieter Eich (60 Jahre) am 23. Mai 2000 in Berlin-Pankow erstochen * Klaus-Dieter Gerecke (47 Jahre) am 25. Juni 2000 in Greifswald nach Tritten ins Gesicht verblutet * Jürgen S. (52 Jahre) am 9. Juli 2000 in Wismar (Mecklenburg-Vorpommern) zu Tode getreten * Norbert Plath (51 Jahre) am 27. Juli 2000 in Ahlbeck (Vorpommern) in den Tod geprügelt * N.N. (45) erschlagen von Skinheads in Schleswig am 13. September 2000 * N.N. (63 Jahre) am 4. Oktober 2000 in Freiberg (Sachsen) schlafend mit einer Schnapsflasche erschlagen * Eckhard Rütz (42 Jahre) am 24. November 2000 in Greifswald getötet.

Diese Mordserie sei „nur die Spitze des Eisbergs“, wird der Geschäftsführer der Bundesarbeitsge-

meinschaft für Wohnungslosenhilfe, Heinrich Holtmannspötter, zitiert. „Wir bekommen regelmäßig Hinweise aus zahlreichen Städten, in denen Übergriffe gegen Wohnungslose registriert werden. Die Argumentation, ... zur Herstellung der öffentlichen Ordnung seien Vertreibungen aus den Innenstadtbereichen notwendig, wird von rechten Gewalttätern aufgegriffen und als Legitimation ihres Handelns verstanden.“

Warum solche Gewalttaten zuletzt in Mecklenburg-Vorpommern gehäuft vorkamen, ist nicht schlüssig erklärbar. Jedenfalls ist die Bevölkerung im Nordosten schockiert. Nachdem ein 21-Jähriger, der den Stadstreicher Klaus-Dieter Gerecke umgebracht hatte, im Dezember 2000 zu siebeneinhalb Jahren Haft und zwei Mittäterinnen zu Bewährungsstrafen verurteilt worden waren, zeigten Leser der in Rostock erscheinenden „Ostsee-Zeitung“ wenig Verständnis für die milden Urteile. „Gerecke wurde zum zweiten Mal ermordet. Und dieses Mal vom Landgericht Stralsund“, hieß es in einer der Zuschriften.

Auch wenn in diesem Fall ein rechtsextremer Hintergrund nicht eindeutig erkennbar war, ist doch anzunehmen, dass das Trio nicht nur aus Langeweile, Geldgier oder Lust am Prügeln handelte, sondern aufgehetzt und enthemmt war. Der Chef des Landeskriminalamts von Mecklenburg-Vorpommern, Ingmar Weitemeier, hatte schon nach dem gewaltsamen Tod eines 52-jährigen Obdachlosen in Wismar gemahnt, „junge Leute, die noch auf der Suche sind, aus dem Dunstkreis rechter Ideologien herauszulösen.“ Dieser Hinweis galt sicherlich nicht nur den einwandfrei der rechten Szene zuzuordnenden Totschlägern, sondern allen, die „Penner“ und Stadstreicher als Freiwild ansehen.

Sprache verrät manches: Die Jugendlichen, die den 51-Jährigen in Ahlbeck zu Tode getreten hatten, sagten bei der Polizei aus, dass ihrer Meinung nach „Asoziale und Landstreicher nicht in die Gesellschaft passen“. Holtmannspötter weiß, dass Überfälle rechter Schläger auf Obdachlose in den vergangenen Jahren ständig zugenommen haben und es eine hohe Dunkelziffer gibt. Die Täter verstanden sich wohl als eine Art „Saubermänner“, die meinten, stellvertretend für Teile der Bevölkerung zu handeln. Von rechten Jugendlichen in Berlin ist bekannt, dass über die „Zielgruppen“ ihrer Gewalt neben „den Ausländern“ zu hören ist: „Obdachlose machen wir gleich mit.“

Helmut Löhlhoffel/Christian Linde

Aktivitäten

Kaderschulungen

Die rechtsextreme Szene bemüht sich um Nachwuchs. Von der DVU soll möglicherweise Traditionslokal gekauft werden.

Vor ein paar Tagen schien nur eine vergessene Lampe davon zu zeugen, dass sich in einem der traditionsreichsten Ausflugslokale in Sachsen-Anhalts größter Stadt, Halle/Saale, zumindest noch ein bisschen Leben findet. Doch der Schein tög. Die Lampe war einfach auszuschalten vergessen worden, als das Personal Anfang des Monats zum vorerst letzten Mal den Schlüssel herum drehte. Der „Krug zum Grünen Kranze“ steht zum Verkauf. Und als Käufer scheint sich ausgerechnet die rechtsextreme Deutsche Volksunion des Münchner Verlegers, Multimillionärs und nicht zuletzt Parteichefs Gerhard Frey anzudienen.

Besitzer Alfons Bauer aus Salzburg will nicht verkaufen, er muss. Und deswegen möchte er die Geschicke des „Krugens“ lieber heute als morgen in neue Hände legen. Nicht aber unbedingt in die Hände, die sich ihm entgegenstrecken. Denn die, so fürchtet Bauer, gehören letztendlich Frey höchstselbst. Tatsächlich beinhaltet der Vorvertrag, den Bauer mit einem Münchner Rechtsanwalt ausgehandelt hat, einen Passus, wonach das Traditionslokal nicht mehr als Ausflugsgaststätte genutzt werden soll. „Dieser Mann ist mir nicht geheuer“, räumt Bauer ein. „Aber so langsam bin ich mit meiner Kraft auch am Ende.“ Bauer steht mit dem Rücken zur Wand: „Ich kann mit dem Verkauf nicht mehr länger warten“, sagt er ganz offen. „Auch nicht, wenn der potenzielle Käufer mit der rechtsextremen Szene in Verbindung steht.“ Drei Millionen Mark hat er eigenen Angaben zufolge in Kauf und Sanierung der Traditionsgaststätte bezahlt. Und zumindest diese Summe will er auch wieder heraushaben.

Die Stadtverwaltung hat zwar ein Vorkaufsrecht für das Areal, möchte dieses aber am liebsten nicht selbst ausüben müssen. Ein Schulungszentrum der DVU will die Stadt aber auch nicht in den eigenen Mauern beherbergen. In einem Schreiben aus der Parteizentrale heißt es dazu lediglich, dass es „Quatsch“ sei, dass der DVU-Bundesvorsitzende, also Verleger Frey in eigener Person, das Lokal „zu erwerben oder zu pachten oder zu bewirtschaften

gedenke“. Dass der Münchner Anwalt im Auftrag der DVU als Partei verhandele, wird dagegen in dem Schreiben nicht dementiert.

Überhaupt scheint die rechtsextreme Szene das Land Sachsen-Anhalt als ideales Areal zur Installation von Schulungszentren für den eigenen Kadernachwuchs zu betrachten. In der Vergangenheit musste die NPD ein bereits übernommenes Agrargut in Siedentramm bei Klötze in der Altmark, das als Schulungszentrum vorgesehen war, wieder zurückgeben. Der Kaufvertrag, den Strohleute im Namen der NPD abgeschlossen hatten, wurde von der Treuhand-Anstalt zurückabgewickelt, nachdem sich Anwohner des Ortes über wiederholte Treffen rechtsextremer Skinheads auf dem Anwesen beklagt hatten und dadurch die vorgesehene künftige Nutzung offenbar geworden war. Da der Kaufvertrag selbst noch nicht rechtskräftig war, konnte er durch die Treuhand-Anstalt gerade noch rechtzeitig wieder aufgelöst werden.

Nach wie vor gibt es unter Antifaschisten im Harz Befürchtungen, dass der Rechtsextremist Steffen Hupka in der Region Quedlinburg ein Schulungszentrum aufbauen will. Hupka bestreitet eine solche Absicht zwar, aber wer sich mit seinem persönlichen und politischen Werdegang beschäftigt, wird schnell darauf kommen, dass derartige Befürchtungen durchaus plausibel sind. Hupka hat in Timmenrode bei Quedlinburg ein ehemaliges Schulgebäude gekauft, das er mit seiner Familie nur teilweise bewohnt. Zudem gehörte er bereits vor seinem Eintritt in die NPD zu den führenden Figuren im rechtsextremen Spektrum, die nicht müde werden, die Notwendigkeit von Kaderschulungen immer wieder zu betonen. Innerhalb der NPD machte er eine geradezu Atem beraubende Karriere, sein Absturz war allerdings ebenso Atem beraubend rasant. Bis vor kurzem war er im NPD-Bundesvorstand für das Bildungsreferat zuständig, nach der Niederlage in einem parteiinternen Richtungsstreit verlor er nicht nur das Referat Bildung, sondern zugleich auch das Amt als NPD-Landesvorsitzender von Sachsen-Anhalt. Derzeit muss sich Hupka einem Parteiausschlussverfahren stellen. Sein Anliegen, Nachwuchs für die rechtsextremen „Eliten“ zu gewinnen und zu schulen, wird der ehemalige Herausgeber des Strategie-Magazins „Umbruch“ aber deshalb nicht aufgeben. Denn die von ihm aufgebauten Strukturen und Vernetzungen der Szene deutlich über die Mitgliedschaft der NPD hinaus, werden auch im Falle eines Parteiausschlusses weiter bestehen. *Eberhard Löblich*

Aktivitäten**Erinnerungslücken**

Die Macher des Neonaziblattes „Zentralorgan“ wurden wegen Volksverhetzung verurteilt

„Das ist weder seriöser Journalismus, noch kritische Satire“ führte Amtsrichter Klaus-Ulrich Tempke in seiner Urteilsbegründung aus. Am 11. Januar erklärte der Hamburger Amtsrichter die Neonazis Klaus Bärthel, Dirk Sukoll und Tobias Thiesen der „gemeinsam begangenen Volksverhetzung“ für schuldig. Sie hätten das Titelblatt des „Zentralorgan“ („Zorg“) Ausgabe 8 zu verantworten. In großen gelben Lettern hatte das Hamburger Neonazi-Magazin im November 1999 „Juden raus“ und kleiner „aus Österreich, so forderte es Israels Staatspräsident Ezer Weizman sinngemäß“ getitelt.

Erst nachdem die Presse über das Titelblatt des Magazins mit einer Auflage von 3000 Exemplaren berichtete, nahm die Staatsanwaltschaft im Januar vergangenen Jahres die Ermittlungen auf. Am 10. Januar ließ sie die Wohnungen und Postfächer der Macher des Organs der Freien Nationalisten durchsuchen. Neben vier Computern und CD-Roms in großem Umfang stellten die Beamten die Restbestände der Nummer 8 - 930 Exemplare - sicher.

Das Konzept für ein bundesweites Magazin aller Freien Nationalisten entwickelten 1997 die Hamburger Neonazi-Chefs des Aktionsbüro Norddeutschlands der Freien Nationalisten, Thomas Wulff und Christian Worch, sowie die Mitglieder der Sauerländer Aktionsfront (SAF), Thomas Kubiak und Andre Zimmermann. Dabei war auch der Gründer des Donner-Versands, Harald Theo Mehr. Intention der Macher ist nach eigenem Bekunden, die „politisch-argumentative Schulung der freien Kräfte zu fördern“ und Anregungen für den „nationalen Widerstand“ zu geben. Der Name „Zorg“ ist Programm: Nicht nur, dass sie sich als Ideologieblatt mit politischen Hintergrundartikeln, tagespolitischen Kommentaren und Demoberichten verstehen, sie erheben auch noch den Anspruch, „das Politmagazin“ zu sein. Die Initiatoren aus dem Sauerland erlebten allerdings die erste Ausgabe ihrer Zeitung nicht mehr. Auf dem Rückweg von einem Redaktionstreffen in Hamburg verunglückten sie.

Vor dem Amtsgericht bestritten Bärthel, Sukoll und Thiesen, irgend etwas mit der Erstellung der inkriminierten Ausgabe zu tun zu haben. Zwar ist Bärthel Besitzer des Wolf-Verlags, über den das „Zorg“ vertrieben wird, Sukoll Aboverwalter und Thiesen ständiger Autor, doch wie „die Nummer 8 zustande gekommen ist“ erinnerte sich niemand. Auch fühlten sie sich unschuldig, da vor dem Druck von Jürgen Rieger ein Unbedenklichkeitstest eingeholt worden war. Wer das bei dem Hamburger Nazi-Anwalt bestellte, daran erinnerte sich aber auch niemand mehr. „Das Titelbild bedingt nicht den Straftatbestand der Volksverhetzung“, wiederholte Rieger als Zeuge dann auch im Gericht. Er hätte aber vorsichtshalber empfohlen, nicht nur mit „Juden raus“ zu titeln, sondern gleich die Quelle auf die erste Seite zu stellen.

Auch der Verteidiger von „Zorg“-Herausgeber Bärthel, Hans-Jürgen Eysenекker, sieht in dem Titel kein „juristisches Problem“. Im Gegenteil der Titel wäre „kreativer und satirischer Journalismus“ und falle unter das Presserecht. Hätte der „Spiegel“ so getitelt, behauptete er und hielt eine Montage des „Zorg“-Titels mit einem „Spiegel“-Titelblatt hoch, wäre es nicht zum Prozess gekommen. Außerdem hätte sich ja sein Mandant bei einer vertraulichen Fachkompetenz informiert. „Herr Rieger ist ein Kenner und gehört zu den nationalen Kräften, denen mein Mandant vertraut. Ein Muslim geht auch nicht zum katholischen Priester, um sich Rat zu holen. Und ein Jude geht nicht zum evangelischen Pastor, um sich Rat zu holen“. Der Amtsrichter folgte indes in der Urteilsbegründung weitgehend den Ausführungen der Staatsanwaltschaft und sah es als erwiesen an, dass die Angeklagten mit dem Titel „wohlwollende Assoziationen zu der Verfolgung und Vernichtung der Juden im Nationalsozialismus“ wecken wollten. „Sie können mir viel erzählen“, betonte Tempke, „nur glauben muss ich dies nicht“. Das Strafmaß blieb jedoch etwas unter den Forderungen des Staatsanwalts. Amtsrichter Tempke verurteilte die drei zu Geldstrafen zwischen 4500 bis 8800 Mark. Mittlerweile hat Eysenекker für seinen Mandanten Einspruch eingelegt.

Das Erscheinen von „Zorg“, in dem nicht nur plakativ Antisemitismus propagiert, sondern auch codiert via dem neonazistisch antisemitischen Stereotyp die „jüdische Weltverschwörung“ präsentiert wird, beeinflusste das Verfahren kaum. „Ihr könnt uns mal ... verbieten“ titelt die aktuelle „Zorg“-Ausgabe.

Andreas Speit

Aktivitäten

Brutaler Angriff

Gericht bewertet Überfall auf die Teilnehmer einer Gedenkveranstaltung als Zusammenwirken von gewalttätigen NPD-Funktionären mit Skinheads.

Sieben Verhandlungstage hatte es bedurft bis zum Urteil im Prozess vor dem Wuppertaler Landgericht. Angeklagt waren sieben Neonazis, die am 9. Juli des Vorjahres in Wuppertal gemeinsam mit mindestens acht Mittätern bewaffnet eine 15-köpfige Kundgebung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes am Mahnmal der Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers in der Kemna überfallen hatten.

„Im Gegensatz zur Demokratie von Weimar ist die unsrige wehrhaft“, plädierte Staatsanwalt Heinrichs und forderte Haftstrafen zwischen 21 Monaten und drei Jahren ohne Bewährung. Die wegen besonders schweren Landfriedensbruchs, schwerer Körperverletzung und Sprengung einer Veranstaltung Angeklagten wurden am 9. Januar zu Haftstrafen zwischen acht Monaten und zwei Jahren und drei Monaten verurteilt. Die zwölf- und achtmonatigen Haftstrafen gegen den Wuppertaler NPD-Ortsverbandsvorsitzenden Maik Hilgert und seinen Beisitzer Andreas Stahlschmidt wurden vier Jahre zur Bewährung ausgesetzt, da diese nicht aktiv in das Geschehen eingegriffen hätten. Der mehrfach einschlägig vorbestrafte NPDler Axel Boris Hausweiler, der sich vor Gericht als Aussteiger präsentiert und seine Mitangeklagten schwer belastet hatte, kam mit einem Jahr ohne Bewährung, aber Aussetzung seines Haftbefehls davon. Das Duisburger NPD-Mitglied Nico Wedding, stellvertretender JN-Landesvorsitzender, sowie die Wuppertaler Ronny Plexnies und Thomas Haarhaus, die die Kundgebungsteilnehmer, darunter auch über 80-jährige Zeitzeugen, mit faustgroßen Steinen beworfen und mit Schlagstöcken geschlagen hatten, wurden zu 18-monatigen Haftstrafen verurteilt.

Als Initiator und Organisator der Aktion sah das Gericht das 25-jährige NPD-Landesvorstandsmitglied Thorsten Crämer an, der die NPD auch im Stadtrat von Schwelm vertritt und als JN-Landeschef von Nordrhein-Westfalen fungiert. Er wird seiner Partei nun zwei Jahre und drei Monate lang nicht zur Verfügung stehen. Bis zum Schluss hat-

te Crämers Anwalt, der stellvertretende NPD-Bundvorsitzende Hans Günter Eisenecker, versucht, das drohende Urteil und politischen Schaden von der NPD abzuwenden. Gewalt sei für Crämer etwas „völlig Persönlichkeitsfremdes“, so Eisenecker. Aufgrund der permanenten Bedrohung seines Mandanten durch „Autonome“ habe sein Mandant am 9. Juli weitere Angriffe befürchtet und deshalb die Veranstaltung am Mahnmal observieren wollen, um gegebenenfalls Schutzmaßnahmen einleiten zu können. Er sei irrtümlich davon ausgegangen, „Autonome“ hätten sich in der Kemna sammeln wollen, um von dort aus zu den Wohnstätten von „nationalen Aktivisten und Funktionsträgern“ aufzubrechen. Crämer sei zudem an dem Tag aufgrund der negativen Erlebnisse derartig in seiner „psychischen Konstellation geschwächt“ gewesen, dass er gar nicht bemerkt hätte, dass ein Teil seiner Gruppe offensichtlich Ambitionen hatte, gewalttätig vorzugehen. Die Sache sei ihm „aus dem Ruder gelaufen“, da er von einem Teil der Gruppe nicht als Führungsperson anerkannt worden sei. Er sei auch in der regionalen Szene wegen seiner Ablehnung von Gewalt und den subkulturellen Ausdrucksformen der rechten Skinheadszone umstritten.

Dieser Darstellung der Ereignisse konnte sich Richter Wilfried Keiluweit allerdings nicht anschließen. Es habe im Gegenteil ein „Zusammenwirken von gewaltbereiten Funktionären der NPD und gewalttätigen Skinheads“ gegeben, die von Crämer zum Zwecke eines brutalen Angriffs zusammengeführt worden seien. Der Vertreter der Nebenklage, Rechtsanwalt Prietzel-Düwel, zeigte sich mit dem Prozessverlauf zufrieden. Es sei nicht zuletzt gelungen, öffentlich wahrnehmbar auf lokale neonazistische Netzwerke und die von ihnen ausgehende Gefahr hinzuweisen.

Nachdem bereits am 29. November drei jugendliche und heranwachsende Mittäter zu siebenmonatigen Bewährungsstrafen verurteilt wurden, sind bislang zehn Täter zur Rechenschaft gezogen worden. Das abgetrennte Verfahren gegen den stellvertretenden Wuppertaler NPD-Kreisvorsitzenden Nobert Wölk, der nach Auffassung von Staatsanwaltschaft und Nebenklage mit Crämer den Angriff geleitet hat, beginnt im Februar. Die restlichen vier oder fünf Tatbeteiligten befinden sich aber nach wie vor auf freien Fuß. Zwei tatverdächtige Mitglieder der Jungen Nationaldemokraten, deren Mitgliedsausweise am Tatort in Weddings PKW gefunden wurden, können sich auf Alibis von Duisburger JN-Funktionären stützen.

Rolf Krehle

Aktivitäten**Deutsche Interessen**

NPD-Spitze präsentiert sich beim Landesparteitag betont ausländerfeindlich.

Ausgerechnet ein griechisches Lokal in Mössingen-Talheim hatte sich die baden-württembergische NPD für ihren außerordentlichen Parteitag ausgesucht. Das sei aber „reiner Zufall“ gewesen, betonte der Landesvorsitzende Michael Wendland. Der Wirt fühlte sich dagegen völlig überrumpelt. Er hatte erst zwei Tage vor dem Parteitag durch die Polizei erfahren, wer bei ihm das Nebenzimmer für rund 100 Gäste angemietet hatte.

Die Veranstaltung in dem Dorf bei Tübingen war konspirativ wie ein Skinhead-Konzert vorbereitet worden. Journalisten sollten sich am Bahnhof in Reutlingen einfinden. Dort gab man dann zwei Stunden zuvor den Veranstaltungsort bekannt. Auch die Parteimitglieder wurden kurzfristig informiert.

Bei den Landtagswahlen im März in Baden-Württemberg hat es die NPD vor allem auf die Wähler der Republikaner abgesehen. Die REP seien zwar seit acht Jahren im Landtag, hätten aber nicht so „ordentlich auf den Putz gehauen“, wie erwartet, tönte der NPD-Landesvorsitzende Michael Wendland. Im Rhein-Neckar-Kreis sei deshalb fast der gesamte Kreisvorstand der REP zur NPD übergetreten. Unter Schlierer seien die REP eine „Wisch-Waschi-Partei“ geworden, „die sich nicht für deutsche Interessen einsetzt“. Wendland selbst will im März in Schlierers Wahlkreis in Bietigheim-Bissingen antreten. In 21 von 70 Wahlkreisen habe die NPD schon die erforderlichen Unterstützungsunterschriften beisammen. Die Partei will in rund 50 Wahlkreisen antreten.

Ganz unverblümt machte die NPD-Spitze deutlich, was sie unter „deutschen Interessen“ versteht. „Man muss den Völker-Misch-Masch entwirren. Wir lehnen grundsätzlich die Integration von Ausländern ab“, so Wendland. Moscheen seien auf deutschem Boden unerwünscht. Kriminelle und illegale Ausländer müssten genauso in ihre Heimat zurückgeschickt werden, wie Ausländer, die länger als drei Monate arbeitslos sind. Zynisch bemerkte dazu der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt: „Wir sind nicht ausländerfeindlich, wir finden es nur ausländerfreundlicher, wenn die Menschen in ihren Heimatländern arbeiten können!“

Daniel Ernst

Hintergrund**Ein Bumerang**

Horst Mahler könnte für die NPD als Rechtsanwalt in Karlsruhe zu einer zusätzlichen Belastung werden.

Der Verbotsantrag gegen die NPD beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ist für die Partei ein erwarteter Schritt, der die Führungsgremien seit dem Sommer beschäftigt hat. Die wenigen Ansätze, mit denen eine politische Gegenwehr organisiert werden sollte, müssen als umfassend gescheitert betrachtet werden. Das Zweckbündnis mit den Freien Kameradschaften ist weitgehend zerbrochen, die bisher durch den relativen Erfolg gezügelten Richtungsstreitigkeiten sind voll entbrannt. Dem Vorsitzenden Udo Voigt droht die Führung der NPD aus den Händen zu gleiten. Um so notwendiger ist es für die Partei, den absehbar langwierigen Prozess in Karlsruhe so gut wie möglich propagandistisch zu nutzen.

Den Anwälten kommt dabei entscheidende Bedeutung zu. Bei der Sitzung des Parteivorstandes im Oktober in Gießen legte die NPD-Führung fest, wer sie in dem Verfahren vertreten wird. Die Riege der „Rechts“-anwälte soll demnach von dem Berliner Horst Mahler angeführt werden, der selbst seit August der Partei angehört. Mit dem Hamburger Professor Klaus Sojka soll ihm ein Jurist zur Seite stehen, der bis Ende 1999 im Bundesvorstand der DVU und als deren stellvertretender Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein aktiv war.

Es kann kaum überraschen, dass die Führung der juristischen Auseinandersetzungen nicht dem Parteivize Rechtsanwalt Hans-Günther Eisenecker übertragen wurde. Eisenecker war zunehmend innerparteilich unter Beschuss geraten. Der von ihm geführte Landesverband Mecklenburg-Vorpommern hatte in den letzten Jahren deutliche Rückschläge beim Parteaufbau hinnehmen müssen, die ihm angelastet werden. Auch wird die von ihm vertretene „nationalbolschewistische“ Linie heftig kritisiert. Vor allem aber wird ihm vorgeworfen, bei den rechtlichen Auseinandersetzungen um die Durchführung von Demonstrationen der NPD zu defensiv vorgegangen zu sein und erhebliche Fehler begangen zu haben. So war es im Gegensatz zu Eisenecker dem informellen Führer der freien Nationalisten Christian Worch gelungen, höchst-

stanzlich das Demonstrationsrecht unter bestimmten Voraussetzungen zu erstreiten.

Die Wahl der Anwälte ist somit ein weiteres Indiz für die Verunsicherung und zunehmende Zerstrittenheit der NPD. Denn ob sich die Parteiführung einen Gefallen damit getan hat, ausgerechnet Mahler zu ihrem Hauptprozessvertreter zu bestimmen, darf bezweifelt werden. Zwar dürften sein Bekanntheitsgrad und sein propagandistisches Geschick Medienpräsenz im Verfahren garantieren, doch könnte sich Mahler schnell als nicht steuerbar erweisen. In der jüngsten Vergangenheit hat er immer wieder deutlich gemacht, dass er nicht daran denkt, sich als treuer Parteisoldat einzuordnen, sondern weitgehend unabhängig auftreten will. Dies könnte vom NPD-Vorstand noch hingenommen werden. Inzwischen behauptet aber die Revolutionäre Plattform, ein Zusammenschluss neonazistischer Kräfte in der NPD und Freier Nationalisten, gegenüber der ein Unvereinbarkeitsbeschluss gefasst wurde, Mahler vertrete deren Positionen. Etliche Indizien könnten dies stützen.

Die Berliner Strafverteidigervereinigung hat Mahler jetzt aus ihren Reihen ausgeschlossen. Rechtsanwalt Hans-Joachim Ehrig, der sich einstmals für die Wiedenzulassung Mahlers als Anwalt eingesetzt hatte, meint unter Bezug auf das von Mahler mitunterzeichnete antisemitische Papier „Ausrufung des Aufstands der Anständigen: „Wenn neonazistische Gesinnung sich so berufsbezogen äußert, muss man einen Trennungsstrich ziehen“.

Sogar die völkische Deutsche Burschenschaft hatte davon Abstand genommen, Mahler, wie zunächst vorgesehen, als Festredner beim Burschentag 2000 in Eisenach auftreten zu lassen. Er sei nicht konsensfähig, hieß es lapidar. Noch im November 1999 hatte der burschenschaftliche FPÖ-nahe Freiheitliche Akademikerverband Mahler als Redner nach Wien eingeladen. Sein Thema damals: „Der Verrat Adolf Hitlers an den deutschen Linken“. Das Referat zog eine Anzeige wegen antisemitischer Äußerungen nach sich. Mahler hatte nicht nur beklagt, dass wir von „den Türken von innen eingenommen“ würden, sondern laut NPD-Parteorgan „Deutsche Stimme“ auch wörtlich erklärt: „Den Juden wurde der Hass auf andere Völker auferlegt. Die anderen Völker haben diesen Hass nur erwidert.“ Sollte Mahler, wie fast zu erwarten, in ähnlicher Weise ohne taktische Rücksichten im Verbotungsverfahren auftreten, könnte er für die NPD schnell zu einer zusätzlichen Belastung werden.

Einen weniger negativen Ruf hat der 1926 geborene Klaus Sojka. Dieser hatte sich in den siebziger Jahren einen Namen in Verfahren gegen Atomkraftwerke gemacht. Internationale Bekanntheit genießt er sicherlich über seine Funktion als langjähriger Präsident der Welttierschutzgesellschaft. Der Bereich der Ökologie von rechts war in jener Zeit sein Haupttätigkeitsgebiet, so auch zu Beginn der achtziger Jahre in der Grünen Liste Schleswig-Holstein und als Funktionär des Weltbundes zum Schutz des Lebens, der damals wichtigsten Organisation rechter Ökologen. Im September 1996 war er Ehrengast und Redner bei der jährlichen Großkundgebung der DVU in Passau. Dort polemisierte er vor allem gegen die „aktuelle Wehrmachtsverunglimpfung“. In der Folgezeit setzte er sich vehement, so mit einem Beitrag in „Nation&Europa“, für die „Einheit der Rechten“ ein, um letztlich 1998 zu erklären, er habe zwar Bedenken in „personeller Hinsicht“ bezüglich der DVU, halte sie aber trotzdem für ein Engagement für geeignet. Seine relative Prominenz war der Garant dafür, dass er zur Bundestagswahl 1998 als Spitzenkandidat der DVU in Schleswig-Holstein nominiert wurde. Das zu erwartende Zerwürfnis mit Parteichef Frey Gerhard Frey folgte nur ein Jahr später, da er dessen Entscheidung nicht mittragen mochte, im Frühjahr 2000 nicht zu den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein anzutreten. Am 27. Mai 2000 war Sojka Redner beim „2. Tag des nationalen Widerstands“ der NPD in Passau, im Sommer unterzeichnete er den Aufruf „Ja zu Deutschland - Ja zur NPD“.

Es ist kaum zu erwarten, dass dieses Trio gewichtige Gründe vortragen können, die gegen eine Verfassungswidrigkeit der von ihnen vertretenen Partei sprechen. Mahler selbst ist sogar ein Beleg dafür. Wenn sich die drei Rechtsanwälte auf eine gemeinsame Strategie einigen können, dann darf selbst dies von der NPD schon als Erfolg gewertet werden.

Andreas P. Zaleshoff

Hinweis

Berlin - Am 27. Januar findet von 17.00 bis 18.30 Uhr eine Gedenkveranstaltung am Gelände für das Holocaust-Mahnmal in Berlin-Mitte statt. Redner sind die Journalistin Lea Rosh und Bundestagspräsident Wolfgang Thierse. Die Schauspielerin Anna Thalbach liest Texte aus dem „Tagebuch der Anne Frank“. Für das musikalische Programm sorgen die Bläsergruppe der Staatskapelle und Studierende der Hochschule der Künste Berlin.

Grauzone**Staatstragend**

Der Politikwissenschaftler Knütter scheut die Kontakte zur extremen Rechten nicht.

Es hätte sein großer Auftritt werden sollen. Stattdessen sorgte seine Anwesenheit für einen peinlichen Eklat. Unmittelbar vor einer Anhörung zum Thema „Extremismus“ im Innenausschuss des Landtags in Baden-Württemberg wurde Hans-Helmuth Knütter von der Liste der geladenen Experten gestrichen. Schließlich, erklärten CDU, SPD, FDP und Bündnisgrüne gemeinsam im Anschluss an eine nichtöffentliche Sitzung, dürfe das Parlament „keine Plattform zur Verbreitung extremistischen Gedankenguts bieten.“

Der Innenausschuss des Landtages hatte für seine Sitzung am 20. Dezember 2000 eine Anhörung über „Ursachen und Entwicklung rechts- und links-extremer Straf- und Gewalttaten“ auf die Tagesordnung gestellt. Die Republikaner - derzeit mit 14 Abgeordneten vertreten - durften ebenfalls einen Experten benennen. Die Fraktion entschied sich für den 66-jährigen Politikwissenschaftler aus Bonn. Der wiederum kam der Einladung gerne nach. Schließlich lässt der Stammaptor der „Jungen Freiheit“ seit Jahren keinen Zweifel an seiner extrem rechten Gesinnung.

Davon wollten die Abgeordneten der demokratischen Parteien in Stuttgart allerdings nichts gewusst haben. Dabei hätte eine Nachfrage beim Landesamt für Verfassungsschutz genügt. Die Behörde notiert über den Wissenschaftler, dass er „keine Berührungängste gegenüber der rechtsextremistischen Szene“ kenne. Erst am Tag der Sitzung seien die Abgeordneten durch einen Bericht der „Stuttgarter Zeitung“ darauf aufmerksam geworden.

Tatsächlich tut Knütter - nach Angaben von Helmut Hergarten, Kreisvorsitzender der Bonner CDU, seit Jahren ein „geschätztes Mitglied“ der Partei - seit seiner Emeritierung alles, um dieses Urteil zu bestätigen. So hielt der „rechte Patriot“, wie er sich selbst sieht, 1998 einen Vortrag bei der Gesellschaft für freie Publizistik (GfP). Im gleichen Jahr veröffentlicht Knütter einen Sammelband unter dem Titel „Europa ja - aber was wird aus Deutschland“, für den er „bekannte Rechtsextremisten aus dem In- und Ausland“ als Autoren gewann. Das

Buch erschien im Hohenrain-Verlag (Tübingen). Geschäftsführer und Mitinhaber ist Wigbert Grabert, der auch den Grabert-Verlag leitet. Beide Unternehmen führen ein umfangreiches Sortiment an rechtsextremer und geschichtsrevisionistischer Literatur. Zahlreiche ihrer Veröffentlichungen sind als jugendgefährdend indiziert oder wegen Volksverhetzung strafrechtlich verfolgt worden.

Solche Hintergründe halten Knütter indes nicht von einer Zusammenarbeit ab. Ohnehin hält er den Verfassungsschutz für eine „Spitzelbehörde“ zur Diffamierung derer, die „die Pfünde des Establishments“ bedrohten. Ein ganzes Buch, 2000 im rechtskonservativen Universitas-Verlag erschienen, hat er inzwischen über diese Behörde geschrieben. Dabei kennt sich der Politologe im Metier der Gesinnungswächter selber gut aus: Unter der Domain <http://www.links-enttarnt.de> betreibt er seit einigen Monaten eine Website ganz im Stil der „Anti-Antifa“. Als „linksradikale Gruppierung“ wird dort unter anderem der DGB „enttarnt“.

Kein Wunder, dass die Republikaner sich nach dem Eklat im Landtag um die Ehre des Bonner Emeritus bemühen. Mit einer Kleinen Anfrage wollen sie in Erfahrung bringen, „aufgrund welcher konkreten Erkenntnisse“ dessen Einstufung als „gefährlicher Neonazi“ erfolgt. Knütter selbst wiederum legt sich für seine extremistischen Freunde ins Zeug. In einem „Offenen Brief“ an den Vorsitzenden der CDU-Fraktion im Landtag klagt er über „die Vergiftung des öffentlichen Klimas durch Aufhetzung gegen ehrenwerte Patrioten“. Schließlich seien er und seine Gesinnungsfreunde „in Wirklichkeit staatstragende Bürger“.

C.B.

Personen

Frankfurt/Main - Mit dem „Ignatz-Bubis-Preis für Verständigung“ ist Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) geehrt worden. In der Begründung für die erstmalig verliehene Auszeichnung werden der unermüdliche Einsatz des Politikers für Toleranz und Menschlichkeit und seine Verdienste um den Abbau von Vorurteilen gewürdigt. Als Parlamentspräsident, in Vorträgen und Publikationen, darunter auch in Beiträgen für „blick nach rechts“, hatte sich Thierse immer nachdrücklich gegen Ausländerfeindlichkeit und Nationalismus und namentlich für deutsch-jüdische Verständigung engagiert. Der mit 100 000 DM dotierte Preis wurde ihm von Frankfurts Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU) übergeben.

Demokratische Initiativen**Bündnis verbreitern**

Linke Jugendliche sehen heute mehr gesellschaftliche Unterstützung in ihrem Engagement gegen rechts.

Seit dem 24. Januar und bis zum 4. Februar findet in Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein eine Antifaschistische Aktionswoche statt. Die Woche, die unter dem Dach des Antifaschistischen Aktionsbündnisses AIII [A3] in Berlin organisiert wurde, steht unter dem Motto „Zusammen Handeln - Gegen Nazis, Rassismus und soziale Ausgrenzung“. Schwerpunkt der Aktionswoche ist in Berlin; mehrere Veranstaltungen werden allerdings auch in Belzig, Neuruppin, Hums, Halle und Hannover angeboten. Am 27. Januar sowie am 3. Februar finden Demonstrationen, Lichterketten und Kundgebungen statt: Am 27. Januar unter anderem gegen den geplanten Aufmarsch von rechtsextremen Kameradschaften in Berlin-Mitte, sprechen werden dort der PDS-Bundestagsabgeordnete und ehemalige Rektor der Humboldt-Universität Heinrich Fink sowie der Wissenschaftler Thomas Kuczinsky. Für den 3. Februar ist in Berlin eine Demonstration gegen die Bundeszentrale der Republikaner, die im Februar 1999 die Villa eines ehemaligen jüdischen Zigarrenherstellers in Berlin-Pankow bezog, geplant.

Der Rest der Veranstaltungen ist bunt gemischt: von Hip-Hop-Konzerten und Saufen-gegen-rechts-Partys über Infoveranstaltungen zu Themen wie „Deutschlandbilder - Die Linke und der Nationalstaat“ oder „Rechtsrock - Begleitmusik zu Mord und Totschlag“ bis zu Zeitzeugengesprächen und Gedenkstättenbesuchen. Ebenso bunt ist die Liste der Unterzeichner: Über 50 Gruppen, Verbände und Einzelpersonen unterstützen den Aufruf zur Aktionswoche; unter ihnen sind autonome Antifa-Initiativen, daneben aber auch bürgerliche Gruppen, Teile der IG Medien sowie der Grünen und der PDS.

Seit die [A3] vor zwei Jahren als Reaktion auf den Zuzug der Republikaner in Berlin-Nordost vor allem von Jugendlichen gegründet wurde, habe man schnell „jede Menge Kontakte geknüpft“, konstatiert Roland Peters (22 Jahre, Name geändert), einer der Sprecher von [A3]. Dass unter den Bündnispartnern auch Gruppen seien, mit denen man

sich nicht in allen Punkten einig sei, meint Peters, sei nicht nur akzeptiert, sondern geradezu unausweichlich: „Im Kampf gegen Rechts braucht man ein Bündnis von linksradikalen über alternative bis ins bürgerliche Lager.“ Kontakte zu Grünen und PDS sind an der Tagesordnung; gerade jüngere haben aber auch häufig keine Probleme damit, mit der SPD zu verhandeln. Man müsse nun einmal attestieren, sagt der 22-Jährige auch, „dass es mehr bringt, wenn die SPD für die Aktion Noteingang wirbt als ein paar dahergelaufene Jugendliche.“ Und vor allem: „Eine breite Plattform ermöglicht eine viel größere Themenvielfalt und macht das Ganze viel attraktiver“. So stehen auch viele Veranstaltungen, die [A3] außerhalb der Aktionswoche unterstützt, unter völlig anderen Mottos: zum vegetarischen Essen oder gegen die Globalisierung zum Beispiel.

Dass immer weitere Teile der Antifa-Szene gewillt sind, breite Bündnisse gegen rechts einzugehen spiegelt aber auch wider, dass die Debatte des vergangenen Sommers unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen näher zusammenrücken lassen hat. Auch wenn viele derer, die seit Jahren in der Antifa aktiv sind, heute zuweilen den Kopf schütteln darüber, wer inzwischen alles „Gesicht zeigt“ gegen rechts, sind doch die meisten froh, nicht mehr so allein da zu stehen. Früher, erzählt der 15-jährige Daniel von der Antifa in Belzig, seien nicht-rechte Jugendliche an öffentlichen Orten wie dem Busbahnhof regelmäßig angebrüllt worden, ohne dass es jemanden interessiert hätte; inzwischen gäbe es durchaus so etwas wie Anflüge von Solidarität unter den „normalen Belzigern“. „Es sieht so aus, als sei die schlimmste Zeit der Stigmatisierung von linken Jugendlichen vorbei“, konstatiert auch Julia Eckey von den Bündnisgrünen in Berlin.

Auch dass in einer Stadt wie Cottbus an einem winterlichen Wochenende kürzlich über 10.000 Menschen gegen Rassismus auf die Straße gegangen seien, erzählt Ulli Jentsch vom Antifaschistischen Pressearchiv in Kreuzberg, sei noch vor einem halben Jahr undenkbar gewesen. Optimismus? Ist eine Trendwende im Osten der Republik, in dem seit zehn Jahren eine rechte Monokultur immer näher zu rücken drohte, in Sicht? Na ja, sagt Jentsch, Optimismus sei vielleicht zuviel gesagt. Vielleicht eher so etwas wie eine „ganz stille Hoffnung“.

Jeannette Goddar

Das gesamte Programm wird im Internet täglich aktualisiert unter: www.antifawoche.de

Mail: a3.berlin@firemail

Demokratische Initiativen**Was tun gegen rechts****Eine Broschüre gibt praktische Tipps**

Ist das öffentliche Tragen des seitenverkehrten Hakenkreuzes oder das Hissen der Reichskriegsflagge verboten? Dürfen Fußballfans angezeigt werden, die Vereinsabzeichen mit SS-Losung tragen? Ist die Beleidigung von Opfern des Nationalsozialismus strafbar? Diese und eine Reihe anderer Fragen beantwortet das von der Hamburger Landeszentrale herausgegebene 32 Seiten starke Heft „Recht gegen rechts“. Die zusammen mit den Jugendinformationszentren der Hansestadt und Münchens erstellte Broschüre listet verbotene Organisationen, Symbole, Kennzeichen, Grußformeln und Parolen der Rechten auf und ordnet sie den entsprechenden Straftatbeständen zu: Paragraph 86 (Verbreitung von Propagandamitteln), Paragraph 86a (Verwendung nationalsozialistischer Kennzeichen), Paragraph 189 (Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener). Dazu sind die entsprechenden Gesetzestexte abgedruckt.

Die Justiz ist beileibe nicht auf dem rechten Auge blind, wie die Herausgeber in ihrem Vorwort schreiben. Sie nennen einige Beispiele: Wer es nicht lassen kann, ein Hitlerbild aufzuhängen, kann schon mal mit drei Monaten Zusatzhaft versehen werden - wie bei einem 28-jährigen Berliner geschehen, der einen „Adolf“ an die Wand seiner Gefängniszelle gepappt hatte. Für „Sieg-Heil“-Gebrülle sind drei Nürnberger zu Gefängnisstrafen zwischen neun Monaten und eineinhalb Jahren verurteilt worden. Und wer es sich als angehender Gefängniswärter nicht verkneifen kann, Hakenkreuze an Wände zu schmieren, muss mit seiner Entlassung aus dem Staatsdienst rechnen - wie im niederbayerischen Straubing geschehen.

Die kürzlich in der dritten Auflage erschienene Schrift liefert darüber hinaus Tipps, was jeder Bürger gegen „rechts“ tun kann und wo Interessierte sich engagieren oder informieren können. Im Anhang sind eine Reihe Adressen von Bildungseinrichtungen, Anlaufstellen im Internet und Kontakten zu Behörden, Verbänden, Organisationen und Parteien aufgelistet. Es handelt sich um ein hervorragendes Nachschlagewerk, das mit Informationen prall gefüllt ist.

Volker Stahl

Bestelladresse: Landeszentrale für politische Bildung, Große Bleichen 23, 20354 Hamburg, Tel. (040) 428 31 - 2142/3, Fax (040) 42831 - 2050.

Aktivitäten**Seltsame Allianzen****PLO-Vertreter als Referent bei extrem rechter Burschenschaft**

Die pflichtschlagende Burschenschaft Danubia, die zum radikal völkischen Flügel des Dachverbandes der Deutschen Burschenschaft (DB) zählt, will am 17./18. Februar in München ein Seminar zum „Problem des Minderheitenkonflikts“ durchführen. Auf der Referentenliste steht dabei ein prominenter PLO-Funktionär: Mohammed Nasal, zuständig für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in der palästinensischen Generalvertretung in Bonn. Nasal wird bei der Danubia, die als rechtsextreme Kaderschmiede für den Hochschulbereich gilt, über den „Palästina-Konflikt“ referieren.

Die weiteren Referenten für die Veranstaltung sind in extrem rechten Kreisen wohlbekannt: Alain de Benoist gilt nach Erkenntnissen des Bundesamtes für Verfassungsschutz als „Chefideologe“ der Neuen Rechten in Frankreich und wird auch bei deutschen Rechtsextremisten als Ideologe und Strategie geschätzt. Benoist ist ständiger Mitarbeiter der „Jungen Freiheit“. Die meisten Übersetzungen seiner Bücher erscheinen im revisionistischen Grabert-Verlag. Der Österreicher Peter Kienesberger betreibt in Nürnberg mit seiner Frau Elke einen Verlag mit Versandbuchhandlung (Buchdienst Südtirol) und vertreibt Bücher wie Adolf Hitler - mein Jugendfreund“ oder „Rudolf Hess: Ich bereue nichts“. 1996 fand bei Kienesberger eine Hausdurchsuchung wegen Vertriebs holocaustleugnender Literatur statt. Kienesberger, einstiger Südtirol-Terrorist und Mitinitiator der zwischenzeitlich verbotenen Nationaldemokratischen Partei Österreichs, wurde in Abwesenheit in Italien wegen Anschlügen während der sechziger Jahre zu lebenslanger Haft verurteilt. 1980 wurden in Nürnberg Waffen, Munition und Sprengstoff sichergestellt, die Kienesberger, damals 2. Vorsitzender der „Kameradschaft der ehemaligen Südtiroler Freiheitskämpfer“, bei einem Bekannten ausgelagert haben soll. Der Kroat Drazan Horvat ist Mitglied des revanchistischen Witikobundes, einer sudetendeutschen völkischen Gesinnungsgemeinschaft. Angekündigt, jedoch namentlich noch nicht benannt, ist auch ein Vertreter des rechtsextremen belgischen Vlaams Blok (VB), der für ein unabhängiges Flandern und damit für die Spaltung Belgiens eintritt. *A.M.*

Aktivitäten

Trügerische Idylle

Mutmaßlicher Haupttäter des brutalen Überfalls von Skinheads in München hat Verbindungen zu bekannten Neonazis.

Eine rechtsextreme Skinhead-Szene, die durch regelmäßige und zahlenmäßige Präsenz in den Straßen für die Bevölkerung sichtbar wird, gibt es in München bislang nicht. Das meint man auch im Polizeipräsidium in der Ettstraße. Jedenfalls glaubte man, die etwa 250 rechtsradikalen Skinheads in München (mit dem Landkreis sind es rund 500 Personen) mit einem Anteil von etwa 50 bis 70 gewaltbereiten Personen gut im Griff zu haben. Bis zur Nacht auf den Samstag am 13. Januar, als eine Horde von Neonazi-Skins wie im Bluttausch über den 31-jährigen Griechen Artemios T. herfiel, ihn schlug, trat und und ihn fast umbrachte. Der Ort des Geschehens: Zenettistraße im Schlachthofviertel. Etwa 60 Skinheads aus München, aus anderen Orten in Bayern und aus anderen Bundesländern hatten sich zu einer Geburtstagsfeier im Balkanrestaurant mit dem Namen „Burg Trausnitz“ getroffen. Gegen ein Uhr nachts trifft die 17-jährige Maria Anna von Papen auf den Griechen. Sie beschimpft und beleidigt ihn: „Scheiß Ausländer! Schau, dass du verschwindest!“, schubst ihn und schlägt ihm ins Gesicht. Artemios T. wehrt sich nicht, sondern versucht mit der Frau zu reden. Was folgt, ist eine unglaubliche Eskalation von Gewalt. Während die Jugendliche auf ihn einschlägt, ruft sie über Handy ihre Freunde aus dem Lokal zur Verstärkung herbei. Etwa 20 Männer stürzen aus dem Lokal und fallen über das schon am Boden liegende Opfer her. Ein Skinhead ruft: „Jetzt musst du sterben!“ Hätten nicht zwei junge türkische Münchner beherzt eingegriffen, der Grieche hätte die Schläge und Stiefeltritte wohl kaum überlebt.

Die „Geburtstagsfeier“ der Nazi-Skins fand statt, ohne dass eine Observation oder sonstige polizeiliche Maßnahmen angeordnet waren. Das überrascht. Lauteten doch die Aussagen, die in den vergangenen Jahren aus dem Polizeipräsidium kamen, stets, man habe die Szene fest im Griff. Doch immerhin waren die ersten Streifenwagen bereits vier Minuten nach dem Notruf da. Es waren keine Unbekannten, die sich hier einfanden. Maria Anna von Papen kommt aus der sauerländischen Provinz, ihr Vater ist Arzt und arbeitet in München. In sauer-

ländischen Polizeikreisen ist die männlich wirkende Jugendliche mit den kurzen roten Haaren als „Krawallbiene“ bekannt. Mit von der Partie sind zwei justizbekannte 22 und 25 Jahre alte Skinheads, schon länger im Blickfeld des Staatsschutzes.

Am Ende werden 18 Skinheads festgenommen und in Untersuchungshaft genommen. Gegen 13 ist Haftbefehl ergangen. In zwei Fällen lautet die Anklage nicht nur auf schwere Körperverletzung und Landfriedensbruch, sondern auf versuchten Mord. Der mutmaßliche Haupttäter ist flüchtig. Es handelt sich um den 19-jährigen Christoph Schulte, den Freund der von Papen. Er ist vorbestraft wegen Körperverletzung, Widerstands gegen die Staatsgewalt und Einbruchs. Schulte gehört der militanten Skinheadszenen im Sauerland an, die sich in der Sauerländer Aktionsfront organisiert hat und hat gute Kontakte zur „Kameradschaft Ruhrgebiet“. Anführer dieser Kameradschaft ist der bekannte Neonazi Siegfried Borchardt. Christoph Schulte hat sich nach den Erkenntnissen des Landesverfassungsschutzes in den letzten Monaten mehrmals in Bayern aufgehalten, um Kontakte zum „Aktionsbüro nationaler Widerstand“ in Freilassung aufzubauen. Schulte ist außerdem ein enger Vertrauter von Christian Worch, einem der führenden Köpfe der Neonaziszene. Bei mehreren öffentlichen Auftritten Worchs fungierte Schulte als Leibwächter. Die Münchner Polizei hat für Hinweise, die zur Ergreifung des Täters führen, eine Belohnung ausgesetzt, inzwischen 30 000 Mark. Die zweite Anklage wegen versuchten Mordes ist auf von Papen ausgestellt. Alle Täter haben Arbeit, kommen, wie man so sagt, aus ordentlichen Verhältnissen. Die Ermittlungen der unmittelbar gebildeten Sonderkommission „Patras“ laufen auf Hochtouren.

Gegen den kroatischen Wirt der Gaststätte wird ebenfalls ermittelt. Er steht unter dem Verdacht, tatbeteiligten Skinheads über den Hintereingang zur Flucht verholfen zu haben. Er weist diesen Vorwurf weit von sich. Auch welche Art von Stammgästen er seit einem Jahr regelmäßig bewirtet, will er nicht bemerkt haben. Jeden Donnerstag fand sich hier der „Freizeitverein Isar 96 e.V.“, eine militante Skinhead-Gruppe, zu seinem Stammtisch ein. Der FZV wurde 1996 gegründet und zählt laut Verfassungsschutzbericht Bayern 1999 rund 15 Mitglieder. Am 3. Juli 1999 fand eine Saalveranstaltung mit Horst Mahler statt, der vor einem Publikum von 70 bis 100 Personen aus dem gesamten rechtsextremistischen Spektrum seine Thesen eines „nationalen Sozialismus“ vortrug. *Margret Chatwin*

Aus der Szene**Bewährung verspielt****Der Pfälzer Anti-Antifa-Aktivist Ronnie Reimer sitzt in Untersuchungshaft**

„Wir reden nicht vom Kampf - Wir kämpfen!“ hatte Ronnie Reimer im vergangenen Jahr als Losung ausgegeben. Doch damit ist es seit Anfang des Jahres vorbei. In der Nacht zum 2. Januar soll der Anti-Antifa-Aktivist in Speyer seine ehemalige Freundin mit einem Messer angegriffen und verletzt haben. Das Amtsgericht Speyer erließ Haftbefehl wegen gefährlicher Körperverletzung. Erst im Sommer war Reimer zu sechs Monaten auf Bewährung verurteilt worden, weil er auf seiner Jacke verfassungsfeindliche Kennzeichen getragen hatte.

Der 16-Jährige aus Schifferstadt gehört seit Jahren zu den führenden Köpfen der rechtsextremen Szene in der Vorderpfalz und dem Rhein-Neckar-Raum. Lange galt er als „Ziehsohn“ des Ludwigs-hafener Neonazis Christian Hehl. Schon als 13-Jähriger hatte er ein Fanzine mit dem Titel „Südwest-Wind“ herausgegeben. Die Staatsanwaltschaft in Frankenthal musste die Ermittlungen aber einstellen, weil Reimer noch nicht strafmündig war. 1999 veröffentlichte er das Fanzine „Pfalzfront“ mit dem Untertitel „Die Neonazi-Skinhead-Zeitschrift aus Schifferstadt“. Noch heute steht er in Briefkontakt mit dem Polizistenmörder Kay Diesner. Im vergangenen Jahr widmete sich Reimer verstärkt der Anti-Antifa-Arbeit. Zusammen mit dem militanten Neonazi Stefan Michael Bar aus Neustadt an der Weinstraße soll er den „Wehrwolf“ erstellt haben, ein Heft mit mehreren hundert Adressen von Politikern, Jüdischen Gemeinden und anderen Personen, die man als Gegner ausfindig gemacht hatte. Mehrere Parlamentarier wurden mit Bild abgedruckt. Bei einigen Betroffenen gingen nach der Veröffentlichung Drohungen ein. Verbreitet wird der „Wehrwolf“ über das Postfach des holländischen Neonazis Eite Homan in Delfzijl.

In der Jugendstrafanstalt Schifferstadt muss sich Reimer nun möglicherweise auf einen längeren Aufenthalt einstellen. Ihm droht nicht nur eine Anklage wegen der Messerattacke, auch die Strafaussetzung zur Bewährung wird wohl widerrufen. Außerdem ermittelt die Staatsanwaltschaft Frankenthal noch wegen der Verbreitung der Hefte „Wehrwolf“ und „Pfalzfront“.

*Daniel Ernst***Aus der Szene****Kriegserklärung****Neonazis aus dem Ruhrgebiet paktieren mit dem Polizistenmörder Diesner.**

Der in Lübeck einsitzende Neonazi Kay Diesner (28), selbst ernannter Werwolf des „Weißen Ari-schen Widerstandes“ (WAR), ruft seine Gesinnungskameraden zum „Krieg“ gegen das „ZOG ‘System‘“ auf. ZOG steht in Neonazikreisen für „Zionist occupied Government“ (zionistisch beherrschte Regierung). Diesner will nun vom Knast aus den „Untergang der ‘weißen Rasse‘“ stoppen. Der Neonazi, der wegen Mordes beziehungsweise Mordversuchs an zwei Polizisten und an einem Buchhändler 1997 zu lebenslanger Haft verurteilt ist, fordert die braune Szene auf: „Jeder sollte erkennen wie die Welt da draußen wirklich ist. Er kann sich letztendlich nur für unsere Sache entscheiden. Die ‘Turner-Tagebücher’ (Turner Diaries) sagen und zeigen alles, was von Wichtigkeit ist. Lasst sie uns in die Tat umsetzen!“

Das FBI bezeichnet die „Turner Diaries“ als „das gefährlichste heute in Druck befindliche Buch“. Held des rechtsterroristischen Standardwerkes (1978) ist die fiktive Romanfigur Earl Turner, der sich im Kriegszustand mit dem „ZOG-System“ wähnt. In Guerilla-Manier werden von Turner und Kameraden öffentliche Gebäude bombardiert, auf das Capitol prasseln Mörsergranaten, in einer großangelegten militärischen Aktion wird Südkalifornien besetzt. Autor des Buches ist ein „Andrew Macdonald“ (Realname: William Pierce). Pierce führt seit Jahren die National Alliance (NA), die mitgliederstärkste Neonazi-Truppe in den USA. Die NA sowie Pierce pflegen seit Jahren enge Kontakte zur NPD. Von der NA-Homepage können die „Diaries“ auch in deutscher Sprache auf dem heimischen Computer geladen werden.

Diesners Terroraufwurf wird seit Anfang Januar auf der Homepage des Nationalen Widerstandes Ruhr (NWR), eines Zusammenschlusses von Neonazis um den Dortmunder Siegfried Borchardt („SS-Siggi“), einst Bundesvize der FAP, verbreitet. Der NWR hat Diesner und weitere inhaftierte Neonazis zwischen dem „Julfest“ (germanische Weihnacht) und Neujahr in den „ZOG-Knästen“ angeschrieben. Der Aufruf Diesners passierte anstandslos die Knastkontrolle.

Anton Maegerle

NS-Vergangenheit

Rettung verweigert

Abertausende Juden hätten mit Hilfe der USA und Englands überleben können.

Nachdem in den USA im Jahre 1979 haarscharfe Luftaufnahmen der Air Force von Auschwitz und Auschwitz Birkenau der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden waren, wurde in etlichen Staaten gefragt, warum die USA die Vernichtungsanlagen nicht bombardiert haben. Eugen Kogon stellte kurz darauf im Vorwort eines Buches zu dieser Frage fest: „Das Problem von Schuld und Mitschuld an der Vernichtung von annähernd sechs Millionen Männern, Frauen und Kindern verschiedener europäischer Nationalität, aber jüdischer Volkszugehörigkeit oder jüdischer Teilherkunft ist das moralisch bedrückendste Kapitel der NS-Jahre. Der Rassenwahn in seiner umfassendsten und fürchterlichsten Form ist da zutage getreten. In die vormals nicht ausdenkbare Untat verstrickten sich viele mit - nicht nur Deutsche ... Doch bleibt 'Holocaust', das über die Maßen grauenhafte Massenbrandopfer, das von Deutschland zu verantwortende Faktum.“ Als Kogon dies schrieb, kannten wir noch nicht die kriegsverlängernden Geschäfte der Schweiz, Spaniens, Schwedens und anderer Staaten mit den Nazis, wussten fast nichts über die in London und Washington vorliegenden Informationen über den Holocaust und werden auch in Zukunft weitere Einzelheiten erfahren. Von einem Schlussstrich kann folglich keine Rede sein.

So erfahren wir erst jetzt, dass vermutlich 8.000 italienische und viele tausend südamerikanische Juden gerettet worden wären, wenn die USA und vor allem Großbritannien geholfen hätten. Das Berliner Reichssicherheits-Hauptamt der SS (RSHA) wies nach dem Sturz der faschistischen Regierung von Benito Mussolini im Jahr 1943 seine Außenstelle in Rom an, die italienischen Juden zusammenzutreiben und in die Vernichtungslager zu deportieren. Nachdem es dem britischen Geheimdienst gelungen war, entsprechende Funksprüche zwischen Berlin und Rom zu entschlüsseln, unterrichtete er den US-Geheimdienst. Dennoch wurden die Juden nicht gewarnt, was etwa über den Radiosender BBC möglich gewesen wäre. Der US-Historiker Timothy Naftali von der University of Virginia sagte jetzt nach Veröffentlichung der Dokumente, nun ergäben sich schwerwiegende morali-

sche Fragen. Sowohl London als auch Washington hätten Möglichkeiten und Zeit gehabt, die jüdische Gemeinschaft zu informieren, ohne ihre Quelle preiszugeben. So wurden mindestens 7.860 italienische Juden ermordet, die anderenfalls eine Überlebenschance gehabt hätten.

Nach gravierender sind die Vorwürfe, die nach soeben freigegebenen Dokumenten dem britischen Außenministerium gemacht werden. Im Sommer 1944 wollten die USA Berlin anbieten, in KZ's gepferchte Juden mit südamerikanischen Pässen gegen in südamerikanischen Staaten internierte Deutsche auszutauschen. London lehnte dies jedoch mit Entschiedenheit ab. Der britische Außenminister Eden ließ seinen Kollegen in Washington wissen, einerseits könnten freigelassene Juden nach Palästina emigrieren und dort die britische Nahostpolitik stören. Andererseits seien freigelassene Deutsche in der Lage, die Nazi-Streitkräfte zu stärken. In den USA hielt die Erbitterung über die Reaktion aus London Monate lang an, weil man wusste, wie elend es den KZ-Häftlingen ging. Immerhin waren Mitte 1944 einige Bergen-Belsen-Gefangene über die Schweiz freigelassen worden. Das State Departement telegraphierte im Februar 1945 von Washington nach London: „Das Departement hat äußerst besorgniserregende Berichte über die psychische Kondition der unglücklichen Personen erhalten, die im Rahmen des letzten zivilen Austauschs aus Bergen-Belsen befreit worden sind. Fünf von ihnen starben kurz nach ihrer Ankunft in der Schweiz an Unterernährung. Es ist daher eine Angelegenheit von dringendster humanitärer Natur, dass bereinigte Namenslisten von Deutschen in diesem Teil der Welt zusammengestellt werden.“ London ließ Washington lapidar mitteilen, angesichts des Fortschritts des Krieges sei der Plan nur noch von „akademischem Interesse“.

Auch in diesen beiden Fällen wäre es jedenfalls in Deutschland unangebracht, England oder den USA Vorwürfe zu machen. In beiden Staaten stand selbstverständlich vor allem eine Frage im Mittelpunkt der Kriegsführung: Wie kann Nazideutschland am schnellsten besiegt werden? In Washington kam die Sorge hinzu, die Bevölkerung könne kein Verständnis dafür haben, wenn bei Sonderaktionen zu Gunsten von Juden amerikanische Soldaten geopfert würden. Dies war im Übrigen einer der Gründe, warum die Gaskammern und Krematorien nicht zerbombt worden sind. Möglichkeiten dazu bestanden nämlich, wie seit der Veröffentlichung der Fotos feststeht.

Heiner Lichtenstein

Meldungen**Inland**

■ **Berlin** - Die rechtsextrem motivierten Straftaten sind im vergangenen Jahr deutlich angestiegen. Nach einem Bericht des Berliner „Tagesspiegel“ schätzen die Sicherheitsbehörden für das Jahr 2000 eine Gesamtzahl von 14 000 (1999: 10 037) Vorfällen. Von Januar bis November 2000 wurden nach Angaben des Bundesamts für Verfassungsschutz 13 750 rechtsextreme Delikte verübt. Erheblich zugenommen haben demnach in dem Zeitraum auch die Gewalttaten aus rechtsextremer Motivation, die um 100 auf etwa 840 Vorkommnisse angestiegen sind. Angewachsen ist ebenso das militante rechtsextremistische Spektrum, dem jetzt bereits knapp 10 000 Personen (Vorjahr: 9000) zugerechnet werden müssen.

■ **Berlin** - Der ehemalige Kommandant des Kriegsverbrechergefängnisses Spandau, Eugene Bird, wurde für „vaterländische Treue und preußisches Staatsbewusstsein“ von Ferdinand Fürst von Bismarck mit der Bismarck-Erinnerungsmedaille ausgezeichnet. Bird bewegt sich seit Jahren in stramm rechten Kreisen. 1995 äußerte er auf einer Tagung der extrem rechten Deutsch-Russländischen Gesellschaft: „Ich bin der festen Überzeugung, dass Hess ermordet wurde“. Bird ist seit 1993 Mitglied des rechtsklerikalen Arbeitskreis Christlicher Publizisten (ACP). Dem rechtsradikalen Heitz & Höffkes-Verlag stand er als Interviewpartner zur Verfügung. Ferdinand Fürst von Bismarck, Unterzeichner des „Berliner Appells“, Urenkel Otto von Bismarcks, ist Schirmherr des Bismarckbundes e.V., einer Melange von Rechtskonservativen und Rechtsextremisten.

■ **Berlin/Mainz** - Lutz und Madlen Willert vom neonazistischen Berliner LU-WI-Tonträgerversand (s. BNR 3/2000) haben zugunsten der HNG-Vorsitzenden Ursel Müller eine Solidaritätskampagne gestartet. Wegen eines anstehenden Strafverfahrens seien Müllers „Aussichten da wieder heil herauszukommen, nicht gerade positiv“. Eine Verurteilung von Müller (in Szene-Kreisen „Mutter der Kompanie“ genannt), so heißt es in dem Schreiben, „würde ein großes Loch in unsere Bewegung reißen“. Zur Finanzierung der Anwaltskosten hat der „LU-WI-Tonträgerversand“ deshalb ein eigens zugunsten von Müller entworfenes T-Shirt kreiert, das die Kameraden zum Stückpreis von 20 Mark

kaufen sollen. Verschickt wurde der Solidaritätsappell unter anderem per E-mail auch an die NPD-Kreisverbände Löbau-Zittau und Essen, die „Deutsche Zukunft“, die Vereinigte Rechte und den Kampfbund Deutscher Sozialisten (KDS).

■ **Dresden** - Eine „Anti-Antifa Süddeutschland“ bedroht den Geschäftsführer des Ausländerrates der Stadt Dresden, Nabil Y. In einer „Feinddatei“, die die Anti-Antifa im Dezember Nabil Y. hat zukommen lassen, sind Angaben zu seiner Person, Privat- und Dienstadressen, Telefon- und Faxnummer erfasst. Der mit einem Hakenkreuz verzierte Brief besteht aus mehreren Seiten mit ausländerfeindlichen und rassistischen Beschimpfungen. Als politische Gegner werden „alle antideutschen destruktiven und systemerhaltenden Personen“ definiert: „Nur eine lückenlose Gegnererfassung kann verhindern, dass jene, die heute mit aller Härte gegen uns vorgehen morgen straflos ausgehen, oder mit 'fliegenden Fahnen' zu uns überlaufen. Deshalb lautet die Losung: Feindaufklärung für Deutschland - eine unbedingte Notwendigkeit!“.

■ **Duisburg** - Die Duisburger Jungen Nationaldemokraten unterhalten Kontakte zu dem US-amerikanischen Rechtsterroristen Timothy McVeigh. McVeigh ist verantwortlich für den Bombenanschlag auf das Alfred P. Murrah Federal Building in Oklahoma (USA), dem am 19. April 1995 168 Menschen zum Opfer fielen. Er wurde zum Tode verurteilt und kann auf eigenen Wunsch bald hingerichtet werden. Der JN-Pseudonymus „Earl Turner“ informierte seine Kameraden am 10. Januar, dass er Post von McVeigh erhalten habe: „Tim hat nun alle Konsequenzen gezogen. Er lehnt alle Berufungs- und Begnadigungsanträge ab und hat freiwillig seine Exekution durch die Giftspritze vorgezogen. ... Für mich bleibt dieser Mann unvergessen und reiht sich in die ewigen Kriegerreihen der Helden unserer Bewegung ein.“

■ **Gera** - Der rechtsextreme Devotionalienhandel ist um einen weiteren Vertrieb namens Aufruhr-Versand reicher. Inhaber des in Gera ansässigen Aufruhr-Versands, dessen umfangreiches Angebot an Büchern, CDs, Fahnen etc. auch per Mausklick im Internet bestellt werden kann, ist das thüringische NPD-Landesvorstandsmitglied Jörg Krautheim und sein Parteifreund Martin Soa. Angeboten wird unter anderem das Buch „Das Erbe der Ahnen. Germanische Feste und Bräuche im Jahresring“, herausgegeben von einem „Arbeitskreis Deutsche Mythologie“. Das Buch, jüngst im SS-treuen K. W.

Schütz Verlag erschienen, will ein „Wegweiser“ zu den „zeitlosen Werten der deutschen Seele“ sein und in das „alte und ewige Land unseres heimatlichen Glaubens“ zurückführen.

■ **Heilbronn** - Die neonazistische „Bewegung deutsche Volksgemeinschaft“ (BDVG) hat ihren Sitz nach Heilbronn verlegt. Bis zum Ende des Jahres hatte die BDVG, vormals „Bildungsgemeinschaft Deutsche Volksgemeinschaft“ ihren Sitz in Eschweiler-Dürwiß nahe Aachen. Zunächst war Dürwiß der Sitz des nordrhein-westfälischen Landesverbandes der Jungen Nationaldemokraten. Direkt nach der Abspaltung von den JN im Juni 1999 (vgl. BNR 14/99) übernahm das neu gegründete BDVG das Anwesen in der Jülicher Straße, wo auch der bisherige nordrhein-westfälische JN-Landesvorsitzende Achim Ezer wohnte. Ezer wurde der erste Bundesleiter der BDVG. Sein Nachfolger ist der im Landkreis Heilbronn wohnhafte bisherige Stellvertreter Lars Käßler (25). Nach amtlichen Angaben gehören knapp 100 Rechtsextremisten der BDVG an.

■ **Jüchen/Kerkrade** - Hinter dem Pseudonym „AufRuhr“ versteckt sich der „altbekannte Neonazi-Führer“ (Hamburger Verfassungsschutz) Christian Malcoci aus Jüchen, ehemals Kameradschaftsführer der ANS/NA und Mitglied in der NSDAP/AO sowie zeitweilig stellvertretender HNG-Vorsitzender und Gausekretär des „Komitees zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers“ (KAH). Unter seinem Pseudonym war Malcoci unter anderem am 6. Januar im NIT-Diskussionsforum von Andre Goertz vertreten, um „einen Beitrag zu leisten zur Erklärung militanten Widerstandes für Deutschland“. Malcoci, der als Macher der Neonazi-Homepages „widerstand“ und „widerstandwest“ gilt, will das NIT-Diskussionsforum aber nicht mehr nutzen, „denn es ist für den militanten Widerstand verlorene Zeit.“

■ **München** - Die Münchner Staatsanwaltschaft hat den früheren SS-Oberscharführer Anton Malloth (88) angeklagt. Der Prozess findet voraussichtlich im Februar statt. Ein genauer Termin steht noch nicht fest. Die Staatsanwaltschaft teilte mit, dass Anklage wegen Mordversuchs und vollendeten Mordes in drei Fällen erhoben werde. Malloth sitzt seit dem 25. Mai 2000 in Untersuchungshaft in der Münchner Justizvollzugsanstalt Stadelheim. Malloth soll als Aufseher im berüchtigten Polizei-Gefängnis „Kleine Festung Theresienstadt“ in Nord-

böhmen von 1940 bis 1945 an der Misshandlung und Ermordung von Gefangenen beteiligt gewesen sein. Das Gefängnis in Nachbarschaft zum jüdischen Ghetto unterstand direkt der Gestapo in Prag, die dort vor allem politische Häftlinge einsperrte. Mehr als 700 Menschen wurden während des deutschen Protektorats in der „Kleinen Festung“ ermordet oder zu Tode gequält.

■ **Pleinfeld** - Georg Paletta (76), Vorsitzender der revanchistischen Interessensgemeinschaft für die Wiedervereinigung Gesamtdeutschlands e.V. (IWG), ist Interviewpartner in der Januar-Ausgabe der rechtsextremen Monatszeitschrift „Eckartbote“, dem Organ der Österreichischen Landsmannschaft. Angaben von Paletta (Ex-CSU-Mitglied) zufolge, der 1976 aus Polen ausgewiesen wurde, hat sich die IWG zum Ziel gesetzt, „die völkerrechtlichen Grenzen Deutschlands wiederherzustellen, das heißt die Forderung auf Rückgabe der annektierten deutschen Ostgebiete sowie des Sudetenlandes“. Die IWG, die eng mit der NPD kooperiert, macht seit zwei Jahren durch Demonstrationen und Kundgebungen auf sich aufmerksam. Die nächste Demonstration, so Paletta, soll am 31. März stattfinden. Als Hauptredner ist das NPD-Mitglied Horst Mahler vorgesehen.

Ausland

■ **Großbritannien (Hastings)** - Der in England untergetauchte deutsche Holocaust-Leugner Germar Rudolf beklagt in einem internen Schreiben an einen ausgewählten Kundenkreis seines Verlages Castle Hill Publishers am 28. Dezember 2000, dass die Postbank Essen sein Konto mit Wirkung zum Ende Januar 2001 gekündigt habe. Rudolf, einer der weltweit umtriebigsten und geschäftstüchtigsten Revisionisten, der in der Bundesrepublik mit Haftbefehl gesucht wird teilt weiterhin mit, dass er inzwischen ein neues Konto habe, „das jedoch womöglich auch gefährdet wird, sollte es bekannt werden“. Er werde daher „diese Bankverbindung nun nicht mehr auf jeder Rechnung angeben, sondern sie nur noch auf Anfrage zuverlässigen Kunden und Unterstützern zukommen lassen.“ Sein neues - geheimes - Konto ließ Rudolf bei der Heidenheimer Volksbank in Baden-Württemberg einrichten.

■ **Österreich (Nickelsdorf)** - Der österreichische Neonazi Robert Dürr, Vorsitzender der 1995 gegründeten Partei Neue Ordnung (PNO), nimmt in der aktuellen Ausgabe seiner „PNO-Nachrichten“

(Jahreswechsel 2000/2001) die bundesdeutsche Ausländerpolitik ins Visier. Um den „Völkermix“ voranzutreiben, werde hierzulande von „Blutmischungsaposteln“ eine „Gehirnwäsche und Umerziehung“ praktiziert: „Damit ist klar, dass alle Politiker, Parteien und sonstigen Gruppen die Fremde integrieren wollen, vom Ungeist der 'Zwangs-Blutmischung' besessen sind.“ Sie unterscheiden sich, so der wegen NS-Wiederbetätigung verurteilte Dürr, „nur in der Geschwindigkeit, mit der sie 'gesiebtetes Menschenmaterial' ins Land karren.“ Dürr (Jahrgang 1946), enger Weggefährte von Herbert Schweiger, eines einstigen SS-Mannes, tritt seit Jahren immer wieder als Redner oder Gast bei NPD-Veranstaltungen in der Bundesrepublik in Erscheinung. Eine Ausgabe seines rassistischen, antisemitischen Hetzblattes „PNO-Nachrichten“ lag der März-Ausgabe 2000 des NPD-Organs „Deutsche Stimme“ bei.

■ **Schweiz (Bern)** - Zum Thema „Unsere Kinder im Griff des Staates?“ sprach am 9. Januar im Nobelhotel „Schweizerhof“ der 72-jährige Hans Ulrich Hertel, Europapäsident des Weltfundament für Natur-Wissenschaft, einer Nebenorganisation der Universalen Kirche, die auch in Deutschland und Österreich aktiv ist. Zum Vortrag geladen hatte „Zeiten-Wende“, eine neue Nebenorganisation der Universalen Kirche. Wie die „WochenZeitung“ Tage später berichtet, habe Hertel „das Bild einer Welt und einer Schweizer Regierung an die Wand (gemalt), die sich dem Antichristen‘ und der ‚zionistischen Weltmacht‘ unterworfen hätten.“ In den vergangenen Monaten veröffentlichte Hertel, bereits vorbestraft wegen Widerhandlung gegen die Rassistens-Strafnorm, mehrere antisemitische Texte. Diese „Proklamationen“ verbreitet er noch immer über die Internet-Seite des Weltfundament für Natur-Wissenschaft. Im Juli 2000 hatte Hertel geschrieben, es sei die „jüdisch-zionistische Macht“, welche für Holocaust „verantwortlich“ sei. Er behauptete, es geschehe „planmäßig“ und „im Auftrag einer zionistisch-jüdischen Minderheit“, dass „seit Jahrzehnten vor allem die zentraleuropäischen Länder von massiven Einwanderungen fremder Volksgruppen heimgesucht“ würden. Hertels Hetze zeigt jetzt Folgen: Ein Berner Untersuchungsgericht hat gegen Hertel ein polizeiliches Ermittlungsverfahren eingeleitet.

■ **USA (New York)** - Nach wochenlanger Pause ist nun das Asylverfahren von Hendrik Möbus in den USA mit einer Anhörung fortgesetzt worden. Das Verfahren in Batavia (Bundesstaat New York), mit

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adr

DDVG • Stresemannstr. 30 • 10963 Berlin 8
 PVSt, DPAG, „Entgelt bezahlt“, A 13861
 Heft 02-2001 / Abo 5292719000
 Antifaschistisches Pressearchiv
 und Bildungszentrum Berlin e. V.
 Falkensteinstr. 46
 10997 Berlin

dem der Thüringer Rechtsextremist seine Auslieferung nach Deutschland verhindern will, war nach einem ersten Gerichtstermin Anfang November zunächst unterbrochen worden. In Deutschland droht dem 24-Jährigen aus Sondershausen Gefängnis: Allein wegen des Mordes an einem Mitschüler vor acht Jahren muss er noch knapp drei Jahre Haft absitzen. Hinzu kommen Urteile von 1999 wegen Verunglimpfung Verstorbener und Verwendens verfassungsfeindlicher Symbole. Möbus hatte Anfang September vergangenen Jahres politisches Asyl in den USA beantragt, nachdem er nach monatelanger Flucht beim Anwesen der National Alliance von William Pierce in West Virginia verhaftet worden war.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
 Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-190

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
 Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
 e-mail: nandlinger@bnr.de
 Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

DDVG mbH, Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.

Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
-verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto.

Nachweis erforderlich!

Halbjahresabonnement, Preis DM 32,- zzgl. Porto